

Zur Jahreswende 1925/1926

Mit Ende des Jahres 1924 setzte im Uhrmachersgewerbe eine ganz bedeutende Kreditausweitung ein, dadurch, daß Fabrikation und Großhandel versuchten, den stockenden Absatz durch Gewährung langer Ziele zu beleben. Man ist dabei über die Grenze hinausgegangen, die man im vorigen Jahre noch für eine Kreditgewährung für gesund ansah. Wenn der Januar 1925 nicht ernstliche Störungen brachte, so lag es an dem verhältnismäßig günstigen vorjährigen Weihnachtsumsatz. So konnte der größte Teil des Uhreneinzelhandels seinen Verpflichtungen im Januar nachkommen. Man muß diese Verhältnisse festhalten, um einen Vergleichsmaßstab für die Verhältnisse in diesem Jahre zu haben.

Seit dem Frühjahr ist der Absatz im Uhrengewerbe immer weiter zurückgegangen. Im Sommer war die Reparatur die alleinige Einnahmequelle. Die eingegangenen Verpflichtungen konnten nur sehr langsam abgedeckt werden. Ein monatelanger Kredit ist heute Voraussetzung für jeden Absatz. Diese Kreditwirtschaft mag gegenwärtig nicht zu vermeiden sein — gesund ist der Zustand ganz gewiß nicht! Die Planlosigkeit, mit der aber heute vom Großhandel Kredite gegeben werden, ist nur möglich durch Firmen, die in dem Verkauf auch unter den unsinnigsten Bedingungen eine Hoffnung auf Rettung vor dem drohenden eigenen Untergang sehen, und in der schwachen Organisation des Großhandels. Es wäre doch sonst nicht zu verstehen, wie Einzelhändler, die den Offenbarungseid geleistet oder fruchtlos gepfändet sind, ständig weiter beliefert werden. Solche Existenzen künstlich weiter halten wollen, bedeutet, die jetzige Ausstoßkrise zu einer chronischen zu machen.

Litt der Absatz schon genug unter den allgemeinen ungünstigen Verhältnissen, so trugen die außenpolitische Lage sowie die Maßnahmen der Regierung weiter dazu bei, den Absatz fast vollständig zum Erliegen zu bringen. Ausgerechnet zum Herbst, wo man auf eine Belebung rechnen konnte, kündigt der Reichskanzler (wohl aus innenpolitischen Gründen, um die Aufmerksamkeit von der Auswirkung der Zollpolitik abzulenken) einen Preisabbau an.

Der Reichskanzler konnte mit diesem kommandierten Preisabbau freilich nicht das erreichen, was er sich gedacht hatte, immerhin muß man zugestehen, daß diese Preissenkungsaktion nicht ganz nutzlos gewesen ist. Man darf überzeugt sein, daß manche Preiserhöhung dadurch hintangehalten wurde, und daß unter ihrem Druck der Großhandelsindex, wenn auch nicht viel, so doch stetig heruntergegangen ist. Die Wirkung steht aber nicht im Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln und zu der Beunruhigung, die dadurch in die Wirtschaft hineingetragen wurde.

Das Handwerk selbst wird sich auf einen erbitterten Kampf mit den Behörden vorbereiten müssen, weil diese das Handwerk wieder aussersehen haben, um es als Sündenbock der Öffentlichkeit preiszugeben. Das Handwerk ist politisch der schwächste Teil, an dem man deshalb derartige Experimente vollführen kann, ohne zu fürchten, dadurch einen Ministersessel zu stürzen. Gegenüber der Industrie muß man freilich bedeutend vorsichtiger sein, weshalb man sich mit einer großen Geste begnügt.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß alle diese Maßnahmen wirtschaftsfeindlich sind und daß der Konsument zuletzt die Kosten bezahlen muß. Der Staat hat sicher das Recht, da einzugreifen, wo eine Ueberspannung des Wirtschaftsgedankens vorliegt und eine Knebelung der Wirtschaft erfolgt. Sicher ist für unsere Zeit das Prinzip des freien gegenseitigen Wettbewerbs das gesunde. Man sollte deshalb nicht ohne Grund in diesen freien Wettbewerb eingreifen. Der Staat verfolgt aber gerade einen entgegengesetzten Weg. Wenn er schon (mit Redensarten) für eine

freie Wirtschaft eintritt, so stehen doch seine Taten dazu in einem bedenklichen Gegensatz. Man kann freie Wirtschaft nicht einseitig mit allen Mitteln durchsetzen und die Zwangswirtschaft auf der anderen Seite mit denselben Staatsmitteln schützen. Wenn man freie Wirtschaft will, muß man sie in der ganzen Wirtschaft wollen. In einem krassen Gegensatz stehen das Reichsarbeitsministerium und das Reichswirtschaftsministerium zueinander. Das Reichswirtschaftsministerium predigt den Preisabbau und feilscht mit den einzelnen Berufen auf Herabsetzung der Preise; das Reichsarbeitsministerium dagegen bewilligt ohne weiteres Schlichtungssprüche und erklärt sie für verbindlich, ohne Rücksicht darauf, ob die Wirtschaft oder die einzelnen Betriebe die durch den Schlichtungsspruch ausgesprochene Lohnerhöhung tragen können oder nicht. Hier im Reichswirtschaftsministerium das Streben nach schärfstem Wettbewerb und Schutz des Schleuderers, im Reichsarbeitsministerium starre Bindung des Arbeitsmarktes, der ja auch Warenmarkt ist.

Der Staat hat durch seine Steuerpolitik der deutschen Wirtschaft ungeheure Mittel herausgepreßt, so daß der veranschlagte Etat weit überschritten wurde. Er hat dann begonnen, diese herausgepreßten Mittel wieder der Wirtschaft zuzuführen. Die Entwicklung der Staats- und Kommunalbanken hat einen Umfang angenommen, der zu Bedenken Anlaß gibt. Es sollen hier von Staats wegen Wirtschaftsaufgaben gelöst werden, die er nie lösen kann. Trat früher der Staat als Anleihesucher an den Geldmarkt heran, so beherrscht er heute den Geldmarkt als Geldgeber. Das ist Zwangswirtschaft für den Kapitalmarkt. Auch die Zwangsbewirtschaftung des Wohnungsmarktes stellt sich immer mehr und mehr als Krebschaden für unsere Gesamtwirtschaft heraus. Die vielfachen Mißstände, die in Wohnungsämtern zutage getreten sind, sind sicher nur ein kleiner Teil von den wirklich vorhandenen. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß auch hier nach Aufhebung der Wohnungsämter, also Freimachung des Wohnungsmarktes, in kurzer Zeit ein Ueberangebot an Wohnungen vorliegen würde. Es ist das Bezeichnende für jede Zwangswirtschaft (und wir haben es an Milch, Brot, Fleisch usw. erlebt), daß mit ihr die Waren verschwinden und selten werden; mit Aufhebung der Zwangswirtschaft die Ware an den Markt drängt und Absatz suchen muß. Was die Belebung des Baumarktes für das Uhrengewerbe bedeuten würde, braucht man hier nicht zu erwähnen.

Die Zerrüttung der Wirtschaft im Jahre 1925 hat sich auch im Uhrengewerbe bemerkbar gemacht. Selbstverständlich kann sich ein einzelnes Gewerbe nicht den Nachwirkungen und den Krisen der Gesamtwirtschaft entziehen.

Sieht man die Lage des Uhren-Einzelhandels an, so wird man feststellen können, daß ein großer Teil von ihm wirtschaftlich noch so stark ist, daß man ihm das Ueberstehen unserer Wirtschaftskrise wohl zutrauen kann. Wird auch hier ein großer Teil seine wirtschaftliche Selbständigkeit nicht halten können, so ist das eine Folge der früheren Friedensverhältnisse. Diese brachten es mit sich, daß sich aus dem Gehilfenstande viel zu viele selbständig machten, die nun beschränkt auf einen geringen Kundenkreis ihre Existenz nicht finden können. Immerhin werden sich hier die Verhältnisse mit der Zeit wieder gesünder gestalten, da schon heute festgestellt werden kann, daß der Nachwuchs im Uhrmachersgewerbe bedeutend nachgelassen hat, was sich allmählich als langsame Gesundung auswirken muß. Bedauerlicherweise ist es nicht möglich, eine einigermaßen zuverlässige Statistik über den jährlichen Zugang im Uhrmachersgewerbe aufzustellen, sonst könnte man auf Grund derartiger Unterlagen versuchen, eine Lenkung und